

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kultur und Europa

8. Sitzung
30. Mai 2022

Beginn: 14.02 Uhr
Schluss: 17.02 Uhr
Vorsitz: Laura Neugebauer (GRÜNE)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aktuelle Fragen auf EU-Ebene und EU-
Angelegenheiten von Berliner Relevanz**
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0057](#)
KultEuro

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aktuelle pandemiebedingte Entwicklungen in der
Berliner Kulturlandschaft**
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0058](#)
KultEuro

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0017](#)
Europäisches Jahr der Jugend 2022 und Umsetzung KultEuro
in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0015](#)
Kulturzug von Berlin nach Wroclaw KultEuro
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0009](#)
Schwerpunkte der französischen EU-
Ratspräsidentschaft I. Halbjahr 2022 KultEuro
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion der FDP)

Hierzu: Anhörung

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich begrüße an der Stelle ganz herzlich Ihre Exzellenz Frau Anne-Marie Descôtes, Botschafterin der französischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland, und ihre Begleitung, Herrn Thomas Guibert, Erster Botschaftsrat.

Ich darf feststellen, dass Sie mit den Liveübertragungen und den Bild- und Tonaufnahmen der Presse einverstanden sind. – Fantastisch! – Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – [Zurufe: Ja!] – Einige Hinweise von mir zum Ablauf vorweg: Zunächst erfolgt die Begründung des Besprechungspunktes. Dann würde ich Ihnen, Frau Botschafterin, das Wort geben, damit Sie uns in Ihrer bereits angekündigten Rede erläutern können, was die Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft sind. Danach folgt die Fragerunde der Abgeordneten, in der wir die Fragen zunächst sammeln, und im Anschluss haben Sie Gelegenheit, auf die Fragen einzugehen.

Die Begründung des Besprechungsbedarfes findet durch Herrn Förster statt.

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Ihre Exzellenz, dass Sie heute zu uns in den Ausschuss gekommen sind! Es ist gute Tradition im Europaausschuss des Abgeordnetenhauses, dass dieser Besprechungspunkt fraktionsübergreifend beantragt wird und wir uns in jedem halben Jahr den entsprechenden europäischen Schwerpunkt der Ratspräsidentschaft des jeweiligen Landes vorstellen lassen. Sie hatten es freundlicher Weise umgekehrt auch angeboten. Insofern haben sich die beiden Anfragen überschritten. Wir hatten bei Ihnen angefragt, Sie hatten es selbst angeboten. Das zeigt auch das Interesse Ihrerseits, mit uns in den Austausch zu treten, was wir wunderbar finden.

Die französische Botschaft ist unweit am Pariser Platz, im Herzen von Berlin. Frankreich ist im Herzen von Europa. Das passt also wunderbar. Sie haben sich als große Nation in diesem Jahr viel vorgenommen. Sie werden wahrscheinlich gleich Ihre drei Schwerpunkte erläutern: ein souveränes Europa, ein menschliches Europa und ein neues europäisches Wachstumsmodell. Diese Themen, gerade die ersten beiden, sind momentan aktueller denn je. Wer hätte es erwartet, als die Ratspräsidentschaft begonnen hat, dass sie im europäischen Kontext so wichtig werden? Insofern freuen wir uns, Frau Botschafterin, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen und uns die Schwerpunkte erläutern. Wir werden nachher sehr gern mit Ihnen ins Gespräch kommen und uns austauschen. Wir sind sehr gespannt, was Sie uns zu berichten haben, was sich die französische Ratspräsidentschaft in diesem Jahr alles vorgenommen hat. – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Wir beginnen nun mit der Stellungnahme von Ihrer Exzellenz Frau Botschafterin.

I. E. Anne-Marie Descôtes (Botschafterin der französischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland): Danke schön! Guten Tag! Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Frau Neugebauer! Sehr geehrter Herr Förster! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Mitglieder des Ausschusses! Sehr geehrter Herr Senator! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen sehr herzlich für die Einladung, vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin über die Herausforderungen der französischen Ratspräsidentschaft zu sprechen! Ich finde, das ist eine sehr schöne Gewohnheit. Wir stehen mittlerweile bereits einen Monat vor dem Ende unserer Ratspräsidentschaft, und zudem, wie Sie wahrscheinlich wissen, findet heute und morgen eine außerordentliche Sitzung des Europäischen Rates statt, die sich ausschließlich mit dem Krieg in der Ukraine und seinen Folgen befasst.

Der Krieg in der Ukraine hat uns dazu gezwungen, unsere ursprüngliche Agenda an die Verhältnisse anzupassen. An der Seite der beiden anderen Institutionen, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments, hat sich die französische Ratspräsidentschaft seit dem 24. Februar für eine schnelle, gemeinsame, entschlossene Antwort auf den russischen Angriff eingesetzt. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für die Wahrung der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine und für die Rückkehr des Friedens ein. Damit dieser Krieg ein Ende findet, haben wir beispiellose Sanktionen erlassen, um die Geldquellen für den Krieg in Russland dauerhaft zu kappen. Bei der heutigen Sitzung des Rates wird wahrscheinlich über die Einführung eines sechsten Sanktionspaketes gesprochen werden, das vorrangig Erdölprodukte betreffen soll.

Um die Ukraine zu unterstützen, haben wir alle gemeinsam militärische, finanzielle und humanitäre Mittel eingesetzt, und wir wollen unsere Bemühungen weiter verstärken. Die 27 Mitgliedsstaaten der EU haben mit einer außergewöhnlichen Geste der Solidarität die Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine organisiert. Alleine in Deutschland haben seit Beginn des Krieges mehr als 700 000 Menschen Zuflucht gefunden, und in Berlin weiß man natürlich ganz genau, wie groß diese Herausforderung ist.

Die Europäische Union hat auf diese Weise Stärke und Einigkeit demonstriert. Dennoch ist im Lichte des russisch-ukrainischen Konflikts auch die Verletzlichkeit der EU zum Vorschein gekommen in Bezug auf die Versorgung mit Energie, aber auch mit Nahrungsmitteln. Angesichts der Gefahr von Cyberattacken in unseren Lieferketten und Märkten wurde uns klar, wie vulnerabel die EU noch ist. Die Versorgungssicherheit betrifft vor allem den Nahen Osten und die afrikanischen Staaten. An der Seite der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments setzt die französische Ratspräsidentschaft jetzt alles daran, diese Verletzlichkeit zu beseitigen.

Der Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 10. und 11. März in Versailles stellte eine wichtige Etappe dar, um Abhängigkeiten zu verringern und die europäischen Verteidigungskapazitäten zu stärken. Diese Anstrengungen wollen wir unbedingt intensiv weiterverfolgen und ferner die Gestaltung einer stärkeren, souveräneren, zukunftssträchtigen Europäischen Union anstreben. Ich möchte hierbei auf zwei Grundideen eingehen, die dafür entscheidend sind, einmal Unabhängigkeit und einmal Effizienz.

Unser Bestreben, eine unabhängigere Europäische Union zu schaffen, ist erstens das Projekt einer Union, die in ihren Entscheidungen frei ist. Dies bedeutet, dass die EU die Rolle eines globalen Akteurs ausfüllt, und vor diesem Hintergrund fand am 17. und 18. Februar der EU-Afrika-Gipfel mit den Mitgliedern der Afrikanischen Union statt, der dazu diente, eine neue Partnerschaft der EU mit dem afrikanischen Kontinent aufzubauen. Ein ähnliches Ziel verfolgte am 22. Februar das erste EU-Indo-Pazifik-Forum. Vor allem jedoch verdienen unsere direktesten Nachbarn, nämlich die Westbalkanstaaten, unsere volle Aufmerksamkeit. Die politische Lage und Stabilität in dieser Region hat entscheidende Auswirkungen auf unsere Sicherheit. Unsere Pflicht ist es, die starke europäische Verankerung dieser Staaten zu bestätigen, indem wir ihnen konkrete sofortige und ehrgeizige Unterstützung anbieten.

Als Ratspräsidentschaft ist Frankreich mobilisiert, damit noch vor Ende Juni die Regierungskonferenzen mit Nordmazedonien und Albanien organisiert werden können. Im weiteren Sinne streben wir an, diese Länder dabei zu unterstützen, ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Druck von Drittakteuren zu stärken. So möchten wir im Juni ein Gipfeltreffen mit den westlichen Balkanstaaten organisieren, das wir um drei Prioritäten herum strukturieren werden: Energie, Sicherheit und Jugend. Im Zusammenhang mit der Tagung des Europäischen Rates am 23. und 24. Juni wird dies für die Staats- und Regierungschefs eine Gelegenheit sein, die Notwendigkeit eines proaktiveren Ansatzes gegenüber dieser Region zu bekräftigen.

Dazu streben wir den Aufbau eines Europas der Verteidigung an. Der Strategische Kompass soll uns den Rahmen für dieses Europa der Verteidigung bieten und uns helfen, unsere strategische Autonomie zu stärken. Dieser Strategische Kompass ist nicht nur ein Stück Papier, sondern es ist wirklich zum ersten Mal eine Art Weißbuch, wo die 27 sich einig sind über die Analyse der Bedrohungen, über die Instrumente, die nötig sind zu ihrer Verteidigung, auch

über deren Finanzierung, und über die strategischen Partnerschaften, die die EU braucht, um diese Ziele zu erreichen. Dieser Strategische Kompass, der unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 formuliert und im März dieses Jahres angenommen wurde, stellt ein gutes Beispiel für die deutsch-französische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene dar. Das heißt, auch wenn unsere Präsidentschaften nicht direkt aufeinanderfolgen, konnten wir diese Brücke bauen und dann mit Portugal und Slowenien weiter daran arbeiten.

Der Krieg in der Ukraine hat die EU von der Notwendigkeit überzeugt, große Investitionen in diesem Bereich zu tätigen. Wir sind uns darin einig, dass die maßgeblichen Entscheidungen, die in mehreren Mitgliedstaaten im Bereich der Verteidigung getroffen worden sind, in der gesamten EU umgesetzt und die Investitionen auf europäischer Ebene koordiniert werden müssen. Diese Themen stehen heute erneut auf der Agenda der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates in Brüssel auf der Grundlage der am 18. Mai veröffentlichten Mitteilung der Kommission.

In Fragen der Umweltpolitik ist es unsere Pflicht, so schnell wie möglich auf fossile Energieträger zu verzichten. Hierfür benötigen wir einen anspruchsvollen Plan für den Klimaschutz. Wir müssen verstärkt in erneuerbare Energien investieren und unseren Energieverbrauch reduzieren. Wir wollen über das Maßnahmenpaket „Fit for 55“ weiterverhandeln, dessen Ziel darin besteht, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent im Vergleich zum Stand von 1990 zu reduzieren. Ein wichtiger Etappensieg war bereits die Festlegung eines Grenzausgleichsmechanismus für CO₂, die am 15. Februar erreicht wurde. Dadurch, dass dieser Mechanismus faire Spielregeln für alle Unternehmen gewährleistet, die im Binnenmarkt Handel treiben, wird dieser Mechanismus die Nicht-EU-Länder dazu veranlassen, eine ehrgeizige Klimapolitik zu betreiben, und sicherstellen, dass wir unsere Fabriken und Arbeitsplätze nicht an Länder mit hohen CO₂-Emissionen verlieren. Dieser Beschluss weist den Weg, und wir wollen weitergehen und dabei Synergieeffekte nutzen, die sich zum Beispiel aus dem von Bundeskanzler Scholz im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft vorgeschlagenen Klimaclubs ergeben.

Der Krieg in der Ukraine hat den Druck diesbezüglich noch einmal erhöht. Bei dem Gipfeltreffen in Versailles am 10. und 11. März, das ich schon erwähnt habe, haben wir in diesem Sinne einen unverzichtbaren Prozess eingeleitet. Die Kommission hat dazu am 18. Mai die Mitteilung „REPowerEU“ veröffentlicht, die darauf abzielt, die Energieabhängigkeit der Europäischen Union von Russland bis Ende 2022 um zwei Drittel zu verringern und schließlich bis 2027 zu beenden. Diese Strategie zielt darauf ab, die in der gesamten EU eingeleitete Energiewende fortzusetzen. Sie wird ebenfalls heute im Europäischen Rat eingehend diskutiert werden. Es handelt sich dabei um sehr konkrete Maßnahmen. Mit der vorläufigen politischen Einigung zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament über die Rechtsvorschriften zur Gasspeicherung wurde zum Beispiel am 19. Mai ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Versorgungssicherheit der EU unternommen.

Der vierte Punkt unserer Agenda zur Erlangung strategischer Unabhängigkeit betrifft einen ganz anderen Bereich, nämlich die Integrität der demokratischen Prozesse in Europa. Zu diesem Zweck hat Frankreich im Rahmen seiner Präsidentschaft die Änderung der Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien eingeleitet, die insbesondere eine Finanzierung durch Drittstaaten verbieten wird.

Darüber hinaus hat Frankreich die Stärkung der rechtsstaatlichen Instrumente in Angriff genommen, wozu auch die Regelung über die Konditionalität der Rechtsstaatlichkeit zählt. Somit verfügt die Europäische Union über einen zusätzlichen Sicherungsmechanismus, der in Kraft tritt, sobald eine Verletzung des Rechtsstaatsprinzips durch einen Mitgliedstaat finanzielle Auswirkungen auf die Union hat. Wie Sie wissen, hat die Europäische Union ein solches Verfahren gegen Ungarn eingeleitet.

Der zweite Begriff war Effizienz, also Effizienz der Europäischen Union. Solche ambitionierten Pläne, wie ich sie eben skizziert habe, benötigen natürlich eine größere Effizienz der Union. Wie bereits angesprochen, hat die EU seit dem 24. Februar starke und rasche Antworten auf die Krise geliefert, aber wir müssen uns natürlich auch um alle anderen Themen kümmern. Eine wichtige Rolle spielen hier die Schlüssel- und Spitzentechnologien. Europa muss ein führender Kontinent der Innovationen werden. Europa muss Risikobereitschaft beweisen, in Forschung investieren und mit Zuversicht in seine Zukunft blicken. Wir legen daher besonderes Augenmerk auf die Start-ups, diese Unternehmen mit revolutionären Ideen, die mit großem Eifer die Grenzen der Technologien austesten. Die Initiative „SkillUp Europe“, die am 8. Februar gemeinsam von Frankreich, Deutschland, Dänemark und Griechenland gestartet wurde, hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 mehr als zehn innovative Technologiekonzerne in Europa hervorzubringen. Dennoch bleiben alle Mitgliedstaaten gleichermaßen in der Verantwortung, ihre Industrien zu transformieren und in Zukunftstechnologien zu investieren, allen voran die Wasserstoffforschung und die Batterieforschung. Unter unserem Vorsitz wurde durch eine Einigung im Rat der Europäischen Union vom 17. März der Aufbau der europäischen Batterieproduktion beschlossen.

Eine effiziente Europäische Union muss auch für die Herausforderungen der digitalen Revolution gewappnet sein. Die Entwicklungen im Digitalsektor verändern die gesamte Welt. Daher müssen wir einen einheitlichen digitalen Binnenmarkt schaffen, auf dem auch europäische Großkonzerne ihren Platz finden. Gleichzeitig müssen wir den digitalen Akteuren Grenzen setzen, um somit unsere Rechte, unsere Freiheiten und den Schutz unserer Privatsphäre zu gewährleisten. Wir haben hier sehr entschlossen gehandelt, denn am 23. und 24. März konnten in zwei wichtigen Bereichen der Digitalwirtschaft Fortschritte erzielt werden. Die Rede ist hier von den Richtlinien zu den digitalen Märkten sowie zu den digitalen Dienstleistungen, den sogenannten DMA und DSA. Bei dem DMA handelt es sich um den weltweit ersten ordnungspolitischen Rahmen zur Regulierung der digitalen Märkte, der den unlauteren Praktiken einiger Internetkonzerne, die ihre eigenen Regeln aufstellen, ein Ende bereiten wird. Der DSA soll seinerseits ermöglichen, dass große Onlineplattformen verstärkt für die von ihnen verbreiteten Inhalte zur Rechenschaft gezogen werden können.

Zuletzt möchte ich noch auf die Konferenz über die Zukunft Europas eingehen, die unter der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft initiiert wurde und deren Ergebnisse Anfang Mai in Straßburg vorgestellt wurden. Diese Konferenz zeigt Möglichkeiten und Wege auf, wie sich die EU auch in Zukunft mithilfe ihrer Werte profilieren kann, denn eigentlich setzt Effizienz voraus, dass man natürlich auch die EU reformiert.

Einige Worte über die Ergebnisse der Konferenz: Wie gesagt, Unabhängigkeit und Effizienz waren zwei wichtige Begriffe. Die spiegeln sich in den Forderungen der Bürgerinnen und Bürger wider, die ihre Wünsche für das zukünftige Europa in dieser Konferenz skizziert haben. Am 9. Mai fand in Straßburg die Übergabe der Ergebnisse der Konferenz statt, näm-

lich 49 Vorschläge und über 300 Maßnahmen, welche die Vision eines lebendigen, schöpferischen und demokratischen Europas entwerfen. Diese Konferenz markierte eine in Europa noch nie dagewesene demokratische Leistung, durch welche die Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung der Union in einer Zeit historischer Herausforderungen miteinbezogen wurden – auf Bürgerforen, die in der gesamten EU von der Kommission veranstaltet wurden, sei es in Dublin, Natolin, Florenz oder Maastricht. Aber auch auf nationaler und regionaler Ebene wie hier in Berlin kamen Bürgerinnen und Bürger zusammen, um durch Überlegungen, Debatten und einen richtigen Ideenwettbewerb eine gemeinsame Zukunftsvision für die Union zu formulieren. Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich insbesondere eine europäische Kultur des Austausches sowie eine Verstärkung der europäischen Identität.

Was die Umsetzung angeht: Die Umsetzung dieser Vorschläge ist natürlich die große Frage. Staatspräsident Macron hat gemeinsam mit den Präsidentinnen der Kommission und des Parlaments zugesagt, dass die Konferenz nicht einfach nur eine Art Stilübung bleibt. Es ist wichtig, dass sie in praktische Arbeit sowie nachhaltige und konkrete starke Entwicklungen mündet. Einige der Vorschläge aus der europäischen Bürgerschaft liegen bereits beschlussfertig vor. Andere wiederum, wie das Initiativrecht des Parlaments, bedürfen weiterer Diskussionen. Das Europäische Parlament hat daher, wie Sie wissen, vorgeschlagen, einen europäischen Konvent zur Überarbeitung des europäischen Vertragswerks einzuberufen. Frankreich hat im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft ausdrücklich betont, dass ein solcher Konvent mit einer klaren Zielsetzung beginnen sollte, und regt an, dass der Abschlussbericht der Zukunftskonferenz schon bei der Tagung des Europäischen Rates im Juni besprochen und vielleicht sogar induziert wird, damit die Teilnehmer der Konferenz nicht an der Politik verzweifeln und sehen, dass ihre Vorschläge eben in konkrete Handlungen münden.

Anschließend möchte ich ein weiteres Thema ganz kurz ansprechen, auf das Staatspräsident Macron ebenfalls am 9. Mai in Straßburg eingegangen ist, nämlich die Idee einer europäischen politischen Gemeinschaft. Der Krieg in der Ukraine und die Beitrittsbestrebungen der ukrainischen Bevölkerung zur Europäischen Union wie auch die der Republik Moldau und Georgiens zeigen, dass deren Integration auf kurze Sicht nicht das einzige Mittel sein kann, um den europäischen Kontinent neu zu strukturieren. Staatspräsident Macron hat daher dazu aufgefordert, eine Reflexion über die Organisation unseres Kontinents zu führen, die den gegenwärtigen Ereignissen gerecht wird. In dieser Hinsicht formulierte Präsident Macron dieses Projekt der europäischen politischen Gemeinschaft. Sie würde den europäischen demokratischen Nationen, die unsere Werte teilen, einen Raum für die politische Zusammenarbeit mit der EU in den Bereichen Sicherheit, Energie, Verkehr, Investitionen und Infrastruktur eröffnen. Dieses Projekt muss noch aufgebaut werden, und wir möchten dies gemeinsam mit allen unseren europäischen Partnern tun. Der Europäische Rat sollte im Juni die Gelegenheit für einen ersten Austausch zu diesem Thema bieten.

Ich komme zum Schluss: Angesichts der Größe der Herausforderungen prägte 1950 Robert Schuman den Begriff – ich zitiere – der schöpferischen Anstrengungen, ohne die der Friede der Welt nicht gewahrt werden könne. Diese kreativen Anstrengungen, die neue Lösungen auf der Höhe unserer Zeit hervorbringen können, wünschte sich Präsident Macron, als er diesen Terminus während seiner Reden am 19. Januar und am 9. Mai im Rahmen der französischen Präsidentschaft verwendete. In allen Bereichen, die unsere Ratspräsidentschaft prägen – europäische Souveränität, das nachhaltige Zukunftsmodell, die zivilgesellschaftliche Zugehörigkeit –, haben wir versucht, mithilfe unserer 26 Partner konkrete Erfolge zu erzielen. Wir wer-

den natürlich bis zum 30. Juni voll und ganz mobilisiert bleiben, um an den erwähnten Themen noch weiter zu arbeiten. Ich freue mich nicht nur auf Ihre Fragen, sondern auch auf Ihre Kommentare zu unseren Prioritäten und auf den Austausch mit Ihnen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! – [Allgemeiner Beifall] –

Vorsitzende Laura Neugebauer: Vielen Dank! – Jetzt besteht die Möglichkeit, Fragen zu stellen. – Frau Brychey, bitte!

Franziska Brychey (LINKE): Vielen herzlichen Dank für Ihren Vortrag, Exzellenz! Ich habe ein paar Nachfragen. Das erste große Thema, das Sie angesprochen haben, ist der Krieg in der Ukraine, der uns alle sehr beschäftigt. Sie sprachen von den Bemühungen, ein weiteres Sanktionspaket auf den Weg zu bringen und da ganz entschieden zu sein. Dennoch wollte ich zu diplomatischen Wegen nachfragen, die parallel wichtig sind, denn viele Jahre war Europa ein Projekt, bei dem man auf Diplomatie und Verträge gesetzt und den Dialog gesucht hat. Was ist in der Ratspräsidentschaft an weiteren Gesprächen geplant, vielleicht auch mit China und anderen Staaten außerhalb Europas, um nach wie vor den diplomatischen Weg nicht auszuschließen, sondern ihn parallel zu dem Sanktionspaket – und Sie sprachen von Verteidigungskapazitäten – zu gehen, um die Themen, die der Jugend wichtig sind, eine friedliche Welt, ein friedliches Europa und eine Perspektive zu sichern, wo nicht ein gegenseitiges Wettrüsten allein im Fokus steht, sondern wir irgendwann wieder am Tisch sitzen und Verhandlungen über Frieden führen können?

Dann wollte ich zum Thema Grenzen und zur Aufnahme Geflüchteter fragen: Sie sprachen davon, dass es jetzt innerhalb der Mitgliedstaaten sehr viele Bemühungen gibt, die Geflüchteten aufzunehmen. Für uns in Berlin waren die sicheren Häfen, die Solidarity Cities, ein wichtiges Thema, dass also Geflüchtete, egal, woher sie kommen, für uns gleich wichtig sind, um ihnen einen Schutzraum zu bieten. Wir wollen als Deutschland gern mit anderen Mitgliedstaaten über eine gerechte Aufteilung der Geflüchteten und die Sicherung von Chancen und Lebensperspektiven in Gesamteuropa ins Gespräch kommen. Gibt es hier weitere Punkte? Die Praxis von Frontex und die Berichte von illegalen Pushbacks usw. besorgen uns sehr, und wir möchten, dass Europa ein solidarisches Europa bleibt.

Dann wollte ich zu diesem ganzen Themenbereich „europäisches Wachstumsmodell“ kommen. Sie sprachen von „Fit for 55“, dass es also wichtig ist, jetzt gerade die Energiewende voranzutreiben und bezüglich des Erdöls andere, erneuerbare Energien zu fördern. Da muss ich natürlich für Deutschland die Frage stellen, wie Sie das mit dem grünen EU-Label für Atomkraft sehen, weil wir das sehr kritisch sehen. Angesichts des Atommülls – die Endlagerfrage für zukünftige Generationen nach wie vor nicht geklärt ist – und des Themas Fukushima fällt es uns sehr schwer, zu sagen, dass Atomkraft ein grünes EU-Label bekommen soll. Die Taxonomie besorgt uns hier sehr. Gibt es hierzu noch mal Gespräche, dass auch diese Nachhaltigkeit weiter bleibt?

Dann zur sozialen Säule, alles, was mit europäischem Mindestlohn, der Arbeitslosen-Rückversicherung, die in der Pandemie sehr wichtig war, und mit dem SURE-Programm zusammenhängt: Wir müssen auch in der sozialen Säule vorankommen, gute Arbeit in ganz Europa sichern und überall gleiche Standards haben, damit dieser Wettbewerb nach unten eingedämmt wird und weitere Wege und weitere Schritte möglich sind.

Ein letzter Punkt, damit die Kollegen auch noch fragen können, zum Thema Jugend. Wir hatten vorhin gerade einen Besprechungspunkt zum Europäischen Jahr der Jugend und dem, was alles damit verbunden ist. In Berlin soll eine Jugendstrategie entwickelt werden, aber es stehen nur 10 000 Euro für die Umsetzung des Europäischen Jahres der Jugend zur Verfügung. Das heißt, dass zusätzlich zu Erasmus+, Interrail und allen Angeboten, die es sowieso gibt, sehr wenig Geld eingestellt ist. Könnten Sie vielleicht mitnehmen, dass wir gern größere Dinge umsetzen könnten, aber natürlich zukünftig da etwas mehr Geld von der EU-Seite vorgehen werden könnte, um gute Projekte zu stärken, zum Beispiel den Jugendaustausch, Jugendfahrten usw.

Trio-Ratspräsidentschaft: Wie ist das Verhältnis zu den slowenischen Kollegen und jetzt zu den tschechischen und schwedischen? Wie funktioniert das Modell? Würden Sie auch sagen, dass das ein Erfolgsmodell ist? – Danke!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Danke, Frau Brychey, für Die Linke! – Herr Kaas Elias für Bündnis 90/Die Grünen.

Alexander Kaas Elias (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Exzellenz! Danke für Ihren Bericht heute und für Ihr Kommen! Ich kann mich den Fragen zu den illegalen Pushbacks und dem EU-Label für Atomkraft anschließen. Die Fragen hätte ich auch, verbunden mit der Frage: Der Begriff „Fit for 55“ ist gefallen. Das ist ein sehr ambitioniertes Programm, wo gerade sehr viele gesetzgeberische Prozesse am Laufen sind, die durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine befeuert werden. Welche Chancen sehen Sie auf eine schnellere Umsetzung, vielleicht auch eine ambitioniertere Umsetzung, denn das Ziel, 2050 klimaneutral zu werden, ist sicherlich ein Kompromiss in der Europäischen Union, aber für uns Grüne nicht unbedingt das Nonplusultra. Wir könnten uns da durchaus mehr vorstellen. Gerade durch die Herausforderungen, die wir haben, dass wir ziemlich abhängig von vielen Märkten sind, ist die Frage, ob man das nicht noch forcieren könnte, damit wir unabhängiger werden und das im Grunde genommen, wie es die Kollegen der FDP formulieren, als Freiheitsenergie nutzen können, um hier voranzukommen. – Das wäre die eine Frage.

Ansonsten begrüße ich es sehr, dass Sie den Westbalkan genannt haben, weil das eine Situation ist, die mehr unter dem Radar läuft, denn dort laufen momentan leider Destabilisierungsprozesse. Wir als Europäische Union sollten ein größeres Augenmerk darauf legen, auch wenn das alles im Schatten des Krieges gegen die Ukraine läuft, um die Region nicht wieder abrutschen zu lassen, was durchaus in der einen oder anderen Situation droht. Ich würde es sehr begrüßen, wenn das fortgesetzt wird.

Sie haben es angesprochen: Heute und morgen tagt der Europäische Rat, und es geht um das sechste Sanktionspaket gegen Russland, was von der ukrainischen Regierung sehr forciert wird. Jetzt haben wir allerdings die Schwierigkeit, die Sie beschrieben haben: Es läuft zum einen ein Rechtsstaatsprozess gegen einen Mitgliedstaat der Europäischen Union, und zugleich ist dieser Mitgliedstaat diesem neuen Sanktionspaket gegenüber nicht positiv gestimmt, aber wir brauchen die Einstimmigkeit, was ich sehr bedauerlich finde, weil das ein Signal ist, dass die Europäische Union nicht einheitlich dasteht bei dieser schwierigen Herausforderung, die sie hat. Welche Chancen sehen Sie, mit dem betreffenden Mitgliedstaat Ungarn eine Lösung zu finden, um unsere Einigkeit deutlich zu machen?

Und langfristig: Sie haben es angesprochen, der Konvent soll kommen. Wir sind es unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig, die diesen Prozess der Europäischen Zukunftskonferenz gemacht haben, dass sie eine Antwort bekommen. Ich hoffe, der ganze Konventprozess läuft, wenn ich das so sagen darf, besser als der letzte, denn der letzte Konvent hat einen ziemlich guten Kompromiss vorgelegt, der allerdings vom Rat nur teilweise übernommen wurde. Die ganzen Schwierigkeiten, die wir im Nachfeld hatten, möchte ich jetzt nicht ausbreiten, aber die Frage wäre schon, inwieweit so ein Konvent möglicherweise nicht verbindlich, aber doch sehr verbindlich genommen wird, damit die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sehen, dass ihre Ideen aufgegriffen werden. – Danke!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann haben wir jetzt die Redemeldung von Herrn Förster für die FDP.

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Ihre Exzellenz, für die breite Themenpalette, die Sie angerissen haben, die sich Frankreich in diesem halben Jahr vorgenommen hat! Dass es außenpolitisch einige Verwerfungen durch den Ukrainekrieg gab, haben meine beiden Vorredner schon angesprochen. Es ist klar, dass Sie das Programm entsprechend anpassen mussten. Ich will dem Kollegen Kaas Elias ausdrücklich recht geben, dass das Thema Westbalkan nicht unter den Tisch fallen darf. Das war schon in den letzten fünf Jahren ein Thema. Die Kollegin Brychey wird sich auch daran erinnern, dass wir das Thema immer wieder bei EU-Ratspräsidentschaften mit Westbalkangipfeln und Ähnlichem gehabt haben. Das ist wirklich ein Thema, das wir gerade in Europa mit mehr Aufmerksamkeit bedenken müssen.

Ich hatte das Glück, die letzte Woche in Kroatien verbringen zu dürfen, habe dort aber festgestellt, welche Feindschaft, welcher Hass, welche Befindlichkeiten aus diesen Kriegsereignissen vor 25, 30 Jahren in der Bevölkerung noch vorhanden sind. Das bekommt man dort nicht so einfach heraus. Deswegen wird aus meiner Sicht die Perspektive eher sein, dort mehr Europa zu wagen. Wir brauchen eher ein Europa der Regionen, nicht ein Europa der Nationen. Man muss gerade im Hinblick auf den Balkan sagen, dass der Zerfall von Jugoslawien am Ende zu mehr Nationalismus geführt hat und auch zu mehr Gegeneinander und nicht Miteinander. Das muss man leider feststellen.

Wir haben auch andere Länder, die sich um die Aufnahme in die EU bemühen. Nordmazedonien sei ein Beispiel. Die haben sehr mit sich gerungen, den Namen zu verändern, weil Griechenland sein Veto nicht aufgeben wollte, wenn sich Mazedonien nicht umbenennt. Sie haben es trotzdem gemacht. Das Parlament in Skopje hat zugestimmt, und sie brauchen eine Perspektive für den EU-Beitritt, einen weiteren Fahrplan. Deswegen ist es gut und wichtig, dass Sie dieses Thema Westbalkan in der französischen Ratspräsidentschaft weiter vertiefen. Wir dürfen es als Europa nicht aus dem Blick verlieren. Da bin ich ausdrücklich beim Kollegen Kaas Elias.

Sie haben Afrika angesprochen. Das ist auch so ein bisschen ein vergessener Kontinent. Es ist nicht gut, wenn das in vielen Fällen weiter entsprechend unter dem Radar läuft, nicht nur, was die Fluchtbewegung und Migration betrifft. Das ist ein Kontinent mit großer Kultur und großer ethnischer Vielfalt, der eigentlich immer ein bisschen unter dem Radar läuft und wo viele Probleme bestehen. Wir hatten mit Horst Köhler einen Bundespräsidenten, der bei seiner Präsidentschaft einen Schwerpunkt darauf gelegt hat, Afrika in das Blickfeld zu rücken. Das ist danach wieder ein bisschen im deutschen Radar verschwunden, aber das ist ein wichtiges

Thema. Gerade die außenpolitischen Themen, die Sie genannt haben, sind nur zu begrüßen, und es ist wichtig, sie zu vertiefen.

Frau Botschafterin! Mich würde interessieren, was Themen sind, die möglicherweise aufgrund der aktuellen Ereignisse weggefallen oder nach hinten gerutscht sind, die Sie sich eigentlich vorgenommen hatten, die Sie aber vielleicht nicht zu Ende bearbeiten können und an die nachfolgenden Präsidentschaften weitergeben müssen, weil Sie zu Recht gesagt haben, dass die aktuelle Situation einen Schwerpunkt auf die Außenpolitik hat legen lassen müssen und Sie nicht alle Themen haben erfüllen können, die Sie sich vorgenommen haben.

Dann würde ich gern noch wissen, weil wir gleichzeitig der Kulturausschuss sind und Frankreich nun mal, das darf man sagen, die Kulturnation in Europa ist: Einige von uns hatten das Vergnügen, bei Veranstaltungen bei Ihnen in der Botschaft zu Gast zu sein, zum Beispiel zu Berlinale-Empfängen. Da hatten wir uns auch mal ausführlich unterhalten. Das war vor der Coronazeit, wo Sie Ihre Botschaft, die sich wunderbar für Empfänge eignet, für solche Ereignisse zur Verfügung gestellt haben. Bei Kultur, Kino, Film, bei allem, was damit zusammenhängt, ist Frankreich Impulsgeber in Europa und hat uns viele Dinge voraus. Vielleicht können Sie etwas dazu sagen, inwieweit Sie den großen Begriff Kultur, den Frankreich zu Recht mit Stolz im Herzen trägt, im Rahmen der Präsidentschaft bearbeiten konnten.

Die letzte Frage wäre: Wenn Sie einmal hier sind, dürfen Sie natürlich auch einen Wunsch äußern. Gibt es noch etwas in der Zusammenarbeit mit dem Land Berlin, das Sie sich aus Sicht Frankreichs wünschen würden? Paris ist unsere Partnerstadt, und wir haben eine gute Zusammenarbeit. Das Verhältnis ist sehr intakt, aber vielleicht können wir etwas für die deutsch-französische Freundschaft, für die Zusammenarbeit tun. Wir haben den Europa-senator hier, wir sind auch der Europaausschuss. Wenn Sie einen Wunsch an uns haben, wo wir Sie unterstützen können, nehmen wir den gern entgegen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neubauer: Dann kommen wir zu Herrn Meyer von der SPD.

Sven Meyer (SPD): Erst mal vielen herzlichen Dank, Ihre Exzellenz! Es wurde jetzt so weit alles gesagt, mir bleibt kaum etwas übrig. Trotzdem möchte ich wenigstens noch einen Punkt ergänzen oder nachfragen. Wie Sie gerade gesagt haben, ist die Region ganz wichtig. Sie haben ja erzählt, dass Sie verschiedene Foren und einen Konvent initiieren wollen, wo es darum geht, wie sich Europa weiterentwickelt. Das ist genau der Punkt, an den ich anknüpfen will: Wo werden dort die Regionen miteingepreist? Wie können sich die Regionen tatsächlich daran beteiligen? – Das ist es ja, worum es in Europa geht, nämlich die Frage, ob sich Europa noch über die Nationalstaaten oder über die Regionen definiert, und da ist natürlich die Einbeziehung enorm wichtig.

Da würde ich gern an einen anderen Punkt anknüpfen, den Sie genannt haben: Europa soll unabhängig werden. Ich glaube, das meinten Sie in einem etwas anderen Kontext. Trotzdem würde ich diesen Kontext insofern etwas erweitern: Heißt das auch, unabhängig von den Nationalstaaten, das heißt, mit starken selbständigen europäischen Institutionen? Könnte man das auch so interpretieren – und dann eben dieser Punkt hin zu den Regionen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neubauer: Nun hat Frau Bung von der CDU das Wort.

Stefanie Bung (CDU): In der Tat bleiben nicht mehr viele Fragen übrig. Ich möchte Ihnen aber auch im Namen unserer Fraktion sehr herzlich danken, dass Sie zu uns gekommen sind. Wir sind ja leider nicht das Parlament, das einen so großen Einfluss auf Europa hat, dass Sie jetzt, wie Herr Förster gesagt hat, die großen Wünsche bei uns äußern könnten. Trotzdem wollte ich gern noch mal zur Konferenz für Europa fragen, was jetzt mit den Ergebnissen passiert. Ist es realistisch, dass es hier womöglich zu Gesetzesvorschlägen, zu einer Legitimation für Gesetzesvorschläge oder -änderungen kommt, oder was passiert da jetzt konkret?

Vorsitzende Laura Neugebauer: Herr Senator Lederer!

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Frau Botschafterin! Ich habe jetzt zwei Stichworte gehört, auf die ich mich unmittelbar beziehen will. Das eine ist die Konferenz zur Zukunft Europas, wo ich zu meiner Freude feststelle, dass Frankreich auch in den vergangenen Jahren immer bereit war, ernsthaft über eine Vertiefung der Europäischen Union und damit auch über eine mögliche Novelle der Verträge zu reden, was ja nicht bei allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union so ist. Ich möchte an dieser Stelle nur sagen: Danke dafür und weiter so!

Zum Zweiten möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich für die exzellente Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren zu bedanken. Ich werde gleich gehen müssen, weil ich noch einen anderen Termin habe, freue mich aber schon jetzt, dass wir uns vermutlich bei der Eröffnung der Fête de la Musique wiedersehen werden. Noch mal ganz herzlichen Dank! Wir haben ja mit vielen Kolleginnen und Kollegen aus den Botschaften hier zu tun, über EUNIC Berlin, und ich muss aber ganz ehrlich sagen, auch in besonderer Weise immer wieder mit der französischen Botschaft, und es ist eine wirklich beispielgebende Zusammenarbeit. – Vielen, vielen Dank dafür!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann würde ich Ihnen, Ihre Exzellenz Frau Botschafterin, jetzt noch mal die Chance geben, auf die ganzen Fragen zu antworten.

Ihre Exzellenz Anne-Marie Descôtes (Botschafterin der Französischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland): Vielen Dank für das Interesse und die vielen Fragen, die Sie gestellt haben! Ich werde auf die einzelnen Fragen jetzt eingehen, hoffentlich in der richtigen Reihenfolge. Zuerst war die Frage nach Kontakten oder Gesprächen der EU mit China gestellt worden. Es hat am 1. April einen digitalen Gipfel gegeben, und ein neues Treffen sollte im zweiten Semester während der tschechischen Präsidentschaft stattfinden. Natürlich ist es sehr wichtig, dass wir den Dialog mit China aufrechterhalten, natürlich immer auf der klaren Basis, dass wir sehr unterschiedlich sind in den politischen Systemen, jedoch eine Kooperation weiterführen wollen – unter strenger Berücksichtigung der Situation der Menschenrechte, die wir immer wieder ansprechen wollen.

Es ist für uns als permanentes Mitglied des UN-Sicherheitsrats auch sehr wichtig, dass wir versuchen, immer wieder gegenüber China das Problem des Krieges in der Ukraine und dieses Angriffs gegen unsere Stabilität anzusprechen. Das Thema des Friedens ist sehr wichtig, und wir denken, dass es von großer Bedeutung ist, dass die EU ihre Kapazitäten, sich zu verteidigen, verstärkt, denn das ist eine Voraussetzung, um auch unsere Glaubwürdigkeit zu sichern. Wir denken, dass einige Ereignisse – ich denke zum Beispiel an den sehr raschen Rückzug der Vereinigten Staaten aus Afghanistan letzten Sommer – alle überrascht haben und dass man da gesehen hat, wie sehr wir abhängig sind von den Vereinigten Staaten. Wir werden es sicherlich bleiben, und die transatlantische Beziehung ist äußerst wichtig, aber wir müssen uns trotzdem besser ausrüsten und, wie gesagt, unsere Glaubwürdigkeit verstärken.

Was die Flüchtlinge und die Frage der Solidarität angeht: Ja, das ist eine sehr wichtige Frage. Die Diskussionen oder die Fortschritte im Bereich Asyl und Migration sind sicherlich eines der Themen, wo wir nicht so weit gekommen sind, wie wir es uns erhofft hatten. Ich würde sagen, wir sind nicht die Einzigen. Das war schon der Fall bei der deutschen Ratspräsidentschaft 2020. Es ist sehr schwer, es sind sehr empfindliche Fragen, und da haben wir uns vorgenommen, Schritt für Schritt, also schrittweise voranzukommen. Was uns zuerst als sehr wichtig erschien, war, dass wir im Schengen-Raum politischer handeln, das heißt, ein bisschen wie in der Eurozone, dass sich die Innenminister in der Schengen-Zone viel mehr austauschen, viel mehr absprechen und auch bereit sind, sobald es eine Krise gibt, zusammenzukommen und zusammen Lösungen zu erarbeiten. Wir denken, es ist auch wichtig, dass man einerseits Frontex mehr Mittel gibt, aber auch, dass wir viel mehr Solidarität vor allem mit den Ländern, wo die meisten Flüchtlinge ankommen – ich denke an Italien und Spanien –, zeigen.

Die Frage der gerechten Aufteilung – wie Sie gesagt haben –, die damit zusammenhängt, ist eine sehr empfindliche Frage, denn, wie Sie wissen, gibt es immer noch Mitgliedstaaten, die ganz und gar dagegen sind. Auf der anderen Seite hat man auch beobachten können, dass während dieser Krise oder nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine Polen eine immense Solidarität gegenüber der Ukraine an den Tag gelegt und gezeigt hat. Also gibt es vielleicht doch auch Entwicklungen, und daran wollen wir natürlich weiter arbeiten. Das ist sicherlich ein Bereich, wo wir unsere Ambitionen etwas reduzieren mussten, aber im Kontext des Krieges kann man sagen, dass die EU große Solidarität gezeigt hat.

Da war eine Verteilung auch nicht möglich, weil die meisten Flüchtlinge aus der Ukraine sich nicht niederlassen wollen. Frankreich hat es erlebt. Wir waren bereit, viel mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Wir haben sogar hier in Berlin, in Tegel geworben, aber wir haben gemerkt,

dass viele Flüchtlinge einfach erschöpft waren nach drei oder vier Tagen einer schwierigen Reise, und die meisten wollten nicht viel weiter als Berlin, weil sie die Hoffnung haben, sie könnten vielleicht schnell nach Hause gehen. Also das ist eine Frage, wo man die Menschen nicht zwingen kann, sich anders aufzuteilen. Deshalb haben wir uns eher dafür entschieden, Polen und den anderen Ländern, die viele Flüchtlinge haben, mit finanziellen Mitteln zu helfen, aber das ist auf lange Sicht nicht sehr zufriedenstellend, und das muss man weiter besprechen.

Sie haben auch die Frage der Nuklearenergie gestellt. Das ist in vielen Mitgliedstaaten, darunter auch bei uns, eine wichtige Quelle der Stromversorgung. Das ist eine Situation, die sich aus der Geschichte ergeben hat und die wir, auch wenn wir uns vorgenommen haben, den Anteil der Nuklearenergie in der gesamten Stromversorgung zu reduzieren und mehr erneuerbare Energien zu entwickeln, nicht ganz ändern werden. Wir denken, wir müssen realistisch sein, und auch der GIEC, also die Experten im Rahmen der COP, haben immer wieder gesagt, ohne Atomenergie ist es praktisch unmöglich, die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Also müssen wir daran arbeiten, und wir wollen auch daran arbeiten, Wasserstoff durch Nuklearenergie zu produzieren. Wir denken, es ist auch wichtig, dass jeder Mitgliedstaat seinen Energiemix behält, aber die gemeinsamen Ziele des „Fit for 55“ zu erreichen versucht.

Sie haben auch die Frage nach der sozialen Dimension oder Säule der EU gestellt. Das ist für uns eine sehr wichtige Frage. Vor dem Krieg in der Ukraine war für Präsident Macron das Treffen, das er am 10. März in Versailles organisiert hat, so gedacht, dass wir anlässlich dieses Treffens hauptsächlich von dem neuen europäischen Wachstumsmodell – wie er es genannt hat – sprechen. Worum geht es? – Wir Europäer haben uns in diesem Kontext der Digitalisierung, des Klimawandels, der Energiewende, der große Herausforderungen mit sich bringt, vorgenommen, dass wir versuchen, uns in diese Richtung weiterzuentwickeln, dass wir ambitionierte Ziele, die wir uns gesetzt haben, erreichen, aber in derselben Zeit die soziale Dimension nicht vernachlässigen, denn das ist wirklich eine starke Dimension, eine Spezifität der europäischen Geschichte, aber man sieht natürlich, dass das manchmal zu Widersprüchen führt. Deshalb sollte man das zusammen besprechen und innerhalb der EU keine unfairen Wettbewerbssituationen zulassen. Dazu gehört das Thema des Mindestlohns. Wir hoffen, dass wir jetzt noch zu einem guten Ergebnis kommen. Dazu gehören auch die Themen der Gleichberechtigung. Wir haben uns gefreut, dass wir da auch einen Schritt vorwärtsgekommen sind beim Anteil der Frauen in den Aufsichtsräten der börsennotierten Unternehmen und auch bei der Disposition zur Transparenz der Lohnpolitik. Also das sind Themen, die für uns zur sozialen Dimension gehören.

Das Thema der Jugend ist für uns auch sehr wichtig. Es ist das Europäische Jahr der Jugend. Sie haben die wichtigen Programme genannt, Erasmus, Erasmus+, das Interrailprogramm, wo mehr Mittel ausgegeben werden, und es ist wichtig, dass diese Programme viel mehr Jugendliche erreichen als bisher. Es ist uns sehr wichtig, auch in der bilateralen deutsch-französischen Zusammenarbeit, dass nicht nur die Jugendlichen, die sowieso durch ihre Familien mobil sind, Möglichkeiten haben, in das andere Land zu reisen, sondern eben auch die anderen, diejenigen, die eher weniger Chancen haben, und dafür gibt es das Deutsch-Französische Jugendwerk, das sehr viel in dieser Richtung macht. Wir wollen weiter daran arbeiten, dass die Kommission die Mittel in diesen Programmen erhöht, denn der Austausch an sich ist sehr wichtig, und wir wollen das weiter fördern.

Die Themen, wo wir nicht so weit vorangekommen sind, werden von der Tschechischen Republik und dann von Schweden wieder aufgenommen. Diese Arbeit im Format eines Trios ist sehr wichtig, um eine gewisse Kontinuität zu haben. Gerade wenn Ereignisse die Agenda durcheinanderbringen wie jetzt der Krieg, ist es wichtig, dass man von einer Präsidentschaft zur anderen weiterarbeitet. Diese Trios sind auch keine geschlossenen Blöcke. Das hat man am Strategischen Kompass gesehen, der unter deutscher Ratspräsidentschaft initiiert wurde, und da haben wir schon 2020 gesagt: „Ja, wir werden es weiter übernehmen, wenn es nicht vorher zu einem Ergebnis gekommen ist“, und so haben wir es auch gemacht. Ich glaube, das ist ein gutes Beispiel, dass diese Art der Arbeit auch gut funktioniert.

Was den Westbalkan angeht: Das ist ein sehr wichtiges Thema. Das wurde auch unter slowenischer Präsidentschaft schon angesprochen. Wir hatten versprochen, dass wir vor Ende der Präsidentschaft ein Treffen organisieren. Die Tschechische Republik wollte das auch machen. Jetzt wollen wir das doch jetzt gleich versuchen, das heißt, im Juni nicht nur eine Konferenz über die Unterstützung der Balkanländer machen, sondern wenn möglich – und wir hoffen, es wird möglich sein – auch eine erste Regierungskonferenz zur Eröffnung der Verhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien, die ja schon sehr lange darauf warten. Wie Herr Förster gesagt hat, hat Nordmazedonien sehr viel gemacht – Sie kennen wahrscheinlich den Stand der Dinge –, und wir bemühen uns – Bundeskanzler Scholz, Präsident Macron und die Kommission natürlich auch –, den bulgarischen Präsidenten zu überzeugen, dass es doch sinnvoll wäre, jetzt eine Lösung zu finden und diesen Start der Verhandlungen zu haben, und sie sollen eben nicht dazu geführt werden, dass man diese zwei Länder trennt, um mit Albanien anzufangen und nicht mit Nordmazedonien, wo schon sehr große Bemühungen unternommen wurden. Also das ist unsere Hoffnung, wir bemühen uns sehr und hoffen, dass es möglich sein wird.

Hier in Deutschland gibt es ja immer noch den Berliner Prozess, und das ist auch ein Rahmen, in dem Bundeskanzler Scholz sich bemüht – auch bei den anderen Ländern. Ich denke an Serbien und Kosovo, da ist auch einiges zu besprechen. Die Situation in Bosnien und Herzegowina ist auch sehr besorgniserregend. Das müssen wir nicht nur berücksichtigen, sondern auch daran arbeiten und nicht den Eindruck erwecken, dass wegen des Krieges in der Ukraine jetzt die ganze Aufmerksamkeit auf der Ukraine liegt und wir den Westbalkan vergessen. Wir denken, dass die Situation des Westbalkans auch besorgniserregend ist, weil die Länder dort unter Druck von Russland und China sind, und dass wir da viel mehr machen müssen, ohne zu warten, dass diese Länder die volle Mitgliedschaft haben. Wir müssen viel präsenter sein und viel mehr helfen.

Bei der Rechtsstaatlichkeit wurde betont, dass es schwierig ist mit der Einstimmigkeit. Ja, das ist sicherlich eine der Fragen, die im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas besprochen werden wird. Wie sich das gestalten wird, in welchem Format die Diskussionen weitergehen werden und wie verbindlich es sein wird, das muss noch besprochen werden. Das wollen wir nicht als Präsidentschaft allein bestimmen, aber, wie gesagt, es ist für uns und für Herrn Macron wichtig, dass wir noch unter unserer Präsidentschaft zeigen, dass dann, wenn einige Vorschläge schon umgesetzt werden müssen, man das machen muss, denn es ist gerade in dieser Zeit wichtig, wo viele Bürger und Bürgerinnen und vor allem die Jugendlichen ein bisschen an der Politik verzweifeln und kein Vertrauen mehr haben, dass man zeigt, man hat nicht nur diskutiert um der Diskussion willen, sondern es gibt konkrete Ergebnisse. Das wollen wir machen. Es gibt natürlich auch ambitionierte Fragen, die eine weitere Diskussion be-

nötigen, und das muss auch gemacht werden. Aber Sie wissen, es gibt in Frankreich das Trauma der Konvention, weil 2005 dagegen gestimmt wurde, und das ist etwas, was wir nicht wiederholen möchten.

Eher ein Europa der Regionen als ein Europa der Nationen? – Vielleicht. Jedenfalls ist wichtig, dass in den verschiedenen Mitgliedsstaaten die Bürger nicht den Eindruck haben, dass sie sich auflösen in einem größeren Ensemble. Trotzdem dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit zu fördern und darauf zu achten, dass die Spezifitäten, die Vielfalt der EU respektiert werden, ist sehr wichtig.

Afrika ist ein sehr wichtiger Partner, und ich glaube, das ist nicht mehr unter dem Radar. Für uns war es auch aus historischen Gründen wichtig, aber ich glaube, auch für die ganze EU. Afrika ist ja nicht so weit, 14 Kilometer entfernt von der EU, und Afrika ist kein homogener Kontinent, sondern sehr vielfältig. Es gibt natürlich die Region des Sahels, wo die Fragen der Sicherheit besonders wichtig sind, aber es gibt auch viele andere Länder, wo die Digitalisierung sehr schnell vorangeht, wo die neuen Technologien sich entwickeln und wo wir auch erwartet werden, wo viele Kooperationen und Investitionen möglich sind. Das war der Sinn dieser neuen Partnerschaft am 18. Juni. Das Thema Gesundheit ist sehr wichtig, und wir wollen da nicht nur helfen, indem wir zum Beispiel Impfstoff liefern, sondern auch die Produktion von Impfstoff dort organisieren. Das macht ja auch Deutschland mit Biontech in Ruanda zum Beispiel. Das wollen wir auch in Südafrika machen. Es ist sehr wichtig, dass dieses Land die Mittel bekommt, um sich selbst zu entwickeln, denn es hat sehr hohes Potenzial.

Senator Lederer hat die Frage der Kultur gestellt. Das ist natürlich sehr wichtig. Das ist ein Bereich, in dem wir bilateral, aber auch auf europäischer Ebene sehr viel machen. Wir haben versucht, viele Programme auch für die Jugend, für die verschiedenen Bereiche der Kultur zu fördern. Ich glaube, dass während und nach der Pandemie viele Mitgliedstaaten da sehr großzügige Programme der Unterstützung hatten. Da haben wir uns auch sehr eng ausgetauscht. Auch im Bereich der Musik zum Beispiel – das ist natürlich nicht direkt, aber indirekt – haben die Themen, die wir auf europäischer Ebene behandelt haben – wie DMA und DSA, die ich vorhin erwähnt habe –, eine Auswirkung in den Kulturbereichen, und Kultur ist auch nicht zu trennen von der Unterstützung der Start-ups und der kreativen Industrien. Da haben wir auf europäischer Ebene einiges verursacht, und wir werden versuchen, auch in Berlin einiges zu machen. Jetzt am Wochenende ist in Britz eine Fotografieausstellung mit europäischer Dimension, und im Rahmen der Fête de la Musique am 21. Juni werden wir auch europäisch etwas organisieren, und wir freuen uns – Herr Lederer ist nicht da, aber Herr Woop wird das weitergeben –, dass hier nicht nur diese Tradition der Fête de la Musique immer wieder aufgenommen wird, sondern dass es hier noch schöner ist, es dauert drei Tage, und es ist wirklich fantastisch. Das haben wir in Paris noch nicht organisiert. Vielleicht sollten wir das machen. Das ist jedenfalls ein Bereich, wo wir viel mehr machen wollen.

Ich glaube, ich habe alle Fragen beantwortet. Oder?

Vorsitzende Laura Neugebauer: Herr Kaas Elias!

Alexander Kaas Elias (GRÜNE): Wenn Sie noch kurz den Stand zum Green Deal darstellen könnten?

Vorsitzende Laura Neugebauer: Herr Förster!

Stefan Förster (FDP): Und ob Sie noch einen Wunsch an Berlin haben, war eine Frage, die noch offen ist – ob wir etwas tun können für die Zusammenarbeit speziell des Landes Berlin mit Frankreich.

Ihre Exzellenz Anne-Marie Descôtes (Botschafterin der Französischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland): Im Bereich Green Deal, „Fit for 55“, habe ich nichts Konkretes anzukündigen. Wichtig war für uns dieser Grenzausgleichsmechanismus. Was die anderen Themen angeht: Die werden alle so weit vorangetrieben wie möglich, aber wir glauben nicht, dass wir es schaffen, jetzt noch bis Ende Juni wirklich feste Ergebnisse zu erreichen. Wir werden es natürlich versuchen, aber wir wollen parallel alle Themen so schnell vorantreiben wie möglich. Leider haben wir jetzt keinen Text oder keine Richtlinie in Sicht, aber wir werden uns bemühen, da so weit wie möglich überall voranzukommen, und auch unseren tschechischen Partner unterstützen, damit es weitergeht. Aber ich glaube, dass die Bemühungen, die wir jetzt alle wegen des Krieges in der Ukraine unternehmen, um die Abhängigkeit von Russland zum Beispiel zu reduzieren, auch in eine gute Richtung gehen, weil wir dadurch auch die Programme, was erneuerbare Energien angeht, fördern.

Ich glaube, es wird bald auch Kontakte geben zwischen Paris und Berlin, zwischen Frau Hidalgo und Frau Giffey, und wir freuen uns. Es gibt in beiden Städten große Ambitionen, auch was die Umwelt und Nachhaltigkeit angeht. Beide Städte sind sehr aktiv in der Gruppe der internationalen Cities, die im Bereich der COP zusammenarbeiten, und wir hoffen, dass wir da auch weitere Formen der Zusammenarbeit haben werden. Sonst gibt es bilateral sehr viel. Am wichtigsten sind uns die Programme, die die Jugendlichen betreffen, Jugendliche, die in der Ausbildung sind zum Beispiel, aber auch junge Schüler. Dass die Austausch jetzt wieder aufgenommen werden, ist uns sehr wichtig.

Und eines – wenn Sie schon fragen – möchte ich nennen, denn wir haben uns in den letzten Jahren um das Centre Français de Berlin bemüht – ich weiß nicht, ob es Ihnen ein Begriff ist. Es nennt sich Centre Français, aber es gehört nicht uns, sondern der Stadt Berlin, hat natürlich eine besondere Geschichte mit Frankreich, da es im Wedding ist, aber wir haben uns in den letzten Jahren bemüht, daraus ein Maison de Francophonie zu machen, das heißt, es geht nicht nur um Frankreich, sondern um alle frankophonen Länder. Das ist ein Ort, wo wir viel mehr machen wollen, nicht nur kulturelle oder kulinarische Treffen, wie es bis jetzt der Fall war, sondern auch einen Ort für Projekte, wo wir auch über Digitalisierung, Innovationen und konkrete wirtschaftliche Projekte sprechen können. Also danke im Voraus für die Unterstützung!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich sehe jetzt keine weiteren Fragen von den Kolleginnen und Kollegen. – Dann würde ich vorschlagen, dass wir die Besprechung heute abschließen. – Ich höre auch hier keinen Widerspruch. Dann schließen wir diese ab, und ich bedanke mich vielmals bei Ihrer Exzellenz Frau Botschafterin für die Teilnahme an der heutigen Sitzung und vor allem auch für die sehr ausführlichen Antworten auf die sehr vielen Fragen. – [Allgemeiner Beifall] –

Ihre Exzellenz Anne-Marie Descôtes (Botschafterin der Französischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland): Ich danke Ihnen sehr für Ihre Zeit und Ihr Interesse. Vielen Dank! Auf Wiedersehen!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Auf Wiedersehen!

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.